
S 3 KR 282/15

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Bundesrepublik Deutschland
Sozialgericht	Bundessozialgericht
Sachgebiet	Krankenversicherung
Abteilung	-
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	S 3 KR 282/15
Datum	26.01.2018

2. Instanz

Aktenzeichen	L 6 KR 18/18
Datum	23.07.2018

3. Instanz

Datum	18.08.2020
-------	------------

Â

Die Revision des KlÃ¤ggers gegen den Beschluss des Landessozialgerichts Mecklenburg-Vorpommern vom 23.Â Juli 2018 wird zurÃ¼ckgewiesen.

AuÃergerichtliche Kosten sind auch im Revisionsverfahren nicht zu erstatten.

Â

G r Ã¼ n d e :

I

Â

1

Die Beteiligten streiten (noch) darÃ¼ber, ob drei einmalige Kapitalleistungen in HÃ¶he von insgesamt 193Â 140,69Â Euro als VersorgungsbezÃ¼ge in der Zeit vom

1.4.2013 bis zum 31.12.2013 der Beitragspflicht in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) unterlagen.

Â

2

Der KlÃ¤ger war als Seelotse Mitglied der LotsenbrÃ¼derschaft Nord- Ostsee-Kanal II. Er bezieht seit 1.4.2013 eine Altersrente der beklagten Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See. Als Rentner ist der KlÃ¤ger bei der Beklagten in ihrer Funktion als Krankenkasse pflichtversichertes Mitglied in der GKV. Neben der Altersrente erhÃ¤lt er einen laufenden Versorgungsbezug der beigeladenen Bundeslotsenkammer - Gemeinsame Ã¼bergangskassen der Reviere/Gemeinsame Ausgleichskasse (GÃ¼K/GAK).

Â

3

Zum 1.4.2013 erhielt der KlÃ¤ger von einem Versicherungsunternehmen eine einmalige Kapitalleistung in HÃ¶he von 50.556,32 Euro (Nr. K8) und zum 1.7.2013 zwei weitere Kapitalleistungen in HÃ¶he von 112.822,62 Euro (Nr. K1) und 29.761,75 Euro (Nr. K1). Grundlage dieser Leistungen ist ein zwischen der beigeladenen Bundeslotsenkammer und der RechtsvorgÃ¤ngerin des Versicherungsunternehmens abgeschlossener Gruppenversicherungsvertrag vom 7./20.7.1972 (GVV). Danach sind Mitglieder einer vom GVV erfassten LotsenbrÃ¼derschaft Versicherungsnehmer einer BerufsunfÃ¤higkeits-, Alters-, Witwen- und Waisenrentenversicherung (Ã§Ã§ 1, 2 und 6 GVV). Die Beklagte forderte vom KlÃ¤ger mit streitgegenstÃ¤ndlichen Bescheiden vom 4.4.2013 und vom 5.7.2013 BeitrÃ¤ge zur GKV, wobei sie fÃ¼r die Zeit ab 1.4.2013 monatlich 1/120 der ersten Kapitalleistung (Nr. K8) und fÃ¼r die Zeit ab 1.7.2013 monatlich 1/120 der beiden weiteren Kapitalleistungen (Nr. K1 und Nr. K1) zugrunde legte.

Â

4

Widerspruch und Klage sind erfolglos geblieben (*Widerspruchsbescheid vom 30.10.2015; Urteil des SG Stralsund vom 26.1.2018*). Das LSG Mecklenburg-Vorpommern hat die Berufung zurÃ¼ckgewiesen. Es hat auf die GrÃ¼nde der erstinstanzlichen Entscheidung verwiesen und den unmittelbaren Bezug der Kapitalleistungen zur frÃ¼heren ErwerbstÃ¤tigkeit des KlÃ¤gers als bestallter Lotse sowie Mitglied einer LotsenbrÃ¼derschaft hervorgehoben, ohne den er nicht in den Genuss der Versicherung hÃ¤tte gelangen kÃ¶nnen. Nicht entscheidend sei nach hÃ¶chststrichterlicher Rechtsprechung, dass er Versicherungsnehmer sowie versicherte Person gewesen sei und die BeitrÃ¤ge aus seinen Lotsengeldern aufgebracht habe (*Beschluss vom 23.7.2018*).

Â

5

Mit seiner Revision rÃ¼gt der KlÃ¤ger eine Verletzung von [Â§ 229 Abs 1 Satz 1 Nr 3 SGB V](#) iVm Art 3 Abs 1 GG sowie von Art 3 Abs 1 GG. Die im Senatsurteil vom 10.6.1988 ([12 RK 35/86](#) â [SozR 2200 Â§ 180 Nr 43](#)) geforderte âausreichende Versorgungâ der Lotsen entsprechend derjenigen eines Kapitäns auf GroÃer Fahrt sei bereits durch die gesetzliche Altersrente und die Leistungen der GÃK/GAK erreicht. Die streitigen Kapitalleistungen gingen Ã¼ber dieses Sicherungsniveau hinaus und seien vom Auftrag des [Â§ 28 Abs 1 Nr 6 Seelotsgesetz \(SeeLG, in der Fassung der Bekanntmachung vom 13.9.1984 ; zuvor \[Â§ 32 Abs 1 Nr 6 SeeLG in der Fassung vom 13.10.1954\]\(#\) \), \[MaÃnahmen fÃ¼r eine ausreichende Versorgung der Seelotsen zu treffen, nicht gedeckt. Die vom BVerfG zur Beitragspflicht von Leistungen aus einer Direktversicherung iS von \\[Â§ 229 Abs 1 Satz 1 Nr 5 SGB V\\]\\(#\\) entwickelten GrundsÃtze lieÃen sich auf den vorliegenden Fall Ã¼bertragen. Er sei von Anfang an Versicherungsnehmer gewesen und habe damit von vornherein eines der vom BVerfG fÃ¼r die Beitragsfreiheit geforderten Kriterien erfÃ¼llt. Der allgemeine Gleichheitssatz sei verletzt, wenn im Vergleich zu anderen Altersvorsorgeprodukten BeitrÃ¤ge sowohl in der Anspar- als auch in der Auszahlungsphase und damit doppelt erhoben wÃ¼rden. Der KlÃ¤ger hat ergÃnzend auf die gegen das eine vergleichbare Beitragsfestsetzung betreffende Urteil des Senats vom 8.10.2019 \\(B 12 KR 2/19 R â \\[SozR 4â2500 Â§ 229 Nr 28\\]\\(#\\)\\) eingelegte Verfassungsbeschwerde Bezug genommen.\]\(#\)](#)

Â

6

Der KlÃ¤ger beantragt, den Beschluss des Landessozialgerichts MecklenburgâVorpommern vom 23.Â Juli 2018 und das Urteil des Sozialgerichts Stralsund vom 26.Â Januar 2018 sowie die Bescheide vom 4.Â April und 5.Â Juli 2013 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids der Beklagten vom 30.Â Oktober 2015 insoweit aufzuheben, als fÃ¼r die Zeit vom 1.Â April bis zum 31.Â Dezember 2013 BeitrÃ¤ge zur gesetzlichen Krankenversicherung auf Kapitalleistungen der HÂ AG (Nr 8, K1 und K1) festgesetzt worden sind.

Â

7

Die Beklagte beantragt, die Revision des KlÃ¤gers zurÃ¼ckzuweisen.

Â

8

Sie hält die angefochtenen Entscheidungen für zutreffend.

Ä

9

Die beigeladene Bundeslotsenkammer hat keinen Antrag gestellt.

Ä

II

Ä

10

Die zulässige Revision des Klägers ist unbegründet. Das LSG hat zu Recht die Berufung gegen das die Klage abweisende Urteil des SG zurückgewiesen, soweit durch Bescheide vom 4.4.2013 und 5.7.2013 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 30.10.2015 Beiträge zur GKV für die Zeit vom 1.4.2013 bis zum 31.12.2013 festgesetzt worden sind. Nur noch hierüber hatte der Senat zu entscheiden, nachdem die Beteiligten den Verfahrensgegenstand in der mündlichen Verhandlung vor dem Senat darauf beschränkt haben. Kläger und Beklagte haben sich durch Vergleich hinsichtlich der Beitragsfestsetzung zur GKV für die Zeit ab 1.1.2014 und zur sozialen Pflegeversicherung insgesamt dem rechtskräftigen Ausgang dieses Verfahrens unterworfen und insoweit den Rechtsstreit in der Hauptsache übereinstimmend für erledigt erklärt.

Ä

11

1. Die dem Kläger ausgezahlten Kapitalleistungen unterliegen als Versorgungsbezug iS von [§ 229 Abs 1 Satz 1 Nr 3 SGB V](#) der Beitragspflicht in der GKV. Nach [§ 237 Satz 1 SGB V](#) wird der Bemessung der Beiträge bei in der GKV pflichtversicherten Rentnern wie dem Kläger neben dem Zahlbetrag der Rente der gesetzlichen Rentenversicherung bis zur Beitragsbemessungsgrenze (vgl. [§ 238 SGB V](#)) auch der Zahlbetrag der der Rente vergleichbaren Einnahmen zugrunde gelegt. Hierunter fallen nach [§ 229 Abs 1 Satz 1 Nr 3 SGB V](#) Renten der Versicherungs- und Versorgungseinrichtungen, die für Angehörige bestimmter Berufe errichtet sind, soweit sie wegen einer Einschränkung der Erwerbsfähigkeit oder zur Alters- oder Hinterbliebenenversorgung erzielt werden. Die tatbestandlichen Voraussetzungen dieser Vorschrift sind erfüllt.

Ä

12

a) Die Kapitalleistungen wurden wegen einer Einschränkung der Erwerbsfähigkeit oder zur Alters- oder Hinterbliebenenversorgung erzielt (vgl. hierzu BSG Urteil vom 26.2.2019 [BÄ 12 KR 12/18 RÄ](#) [BSGE 127, 249](#) = [SozR 4-2500 ÄSÄ 229 NrÄ 26, RdNrÄ 14Ä ff](#)). Der Kläger war mit seiner Bestallung zum Seelotsen über den GVV im Wege einer unechten Gruppenversicherung abgesichert. Nach [ÄSÄ 2 GVV](#) werden Anwartschaften auf Berufsunfähigkeits-, Alters-, Witwen- und Waisenrenten versichert.

Ä

13

b) Die von dem Versicherungsunternehmen gezahlten Kapitalleistungen stammen auch von einer Versicherungs- und Versorgungseinrichtung. Der Senat hat bereits zu der [ÄSÄ 229 AbsÄ 1 SatzÄ 1 NrÄ 3 SGBÄ V](#) inhaltlich entsprechenden Vorläuferregelung des [ÄSÄ 180 AbsÄ 8 SatzÄ 2 NrÄ 3 RVO](#) festgestellt, dass auch privatrechtliche Versicherungseinrichtungen erfasst sind, und zwar auch dann, wenn die Mitgliedschaft bei der Einrichtung nicht auf einer gesetzlich begründeten Pflicht beruht, sondern freiwillig ist (zum Ganzen BSG Urteil vom 30.1.1997 [Ä 12Ä RK 17/96Ä](#) [SozR 3-2500 ÄSÄ 229 NrÄ 15 SÄ 74Ä ff](#), unter Hinweis auf BSG Urteil vom 30.3.1995 [Ä 12Ä RK 40/94Ä](#) [SozR 3-2500 ÄSÄ 229 NrÄ 6 SÄ 22Ä f](#) und BSG Urteil vom 10.6.1988 [Ä 12Ä RK 25/86Ä](#) [SozRÄ 2200 ÄSÄ 180 NrÄ 42 SÄ 174Ä f](#)) und diese Entscheidung unter Geltung des [ÄSÄ 229 AbsÄ 1 SatzÄ 1 NrÄ 3 SGBÄ V](#) bestätigt (BSG Urteil vom 8.10.2019 [BÄ 12Ä KR 2/19Ä RÄ](#) [SozR 4-2500 ÄSÄ 229 NrÄ 28](#)). Daran hält er nach erneuter Überprüfung fest.

Ä

14

c) Schließlich liegt eine für bestimmte Berufe errichtete Versicherungs- und Versorgungseinrichtung vor. Die Kapitalleistungen weisen den notwendigen Berufsbezug auf.

Ä

15

aa) Die den Kapitalleistungen zugrunde liegende Versicherung ist allein der Berufsgruppe der Seelotsen bestimmter Lotsenbrüderschaften vorbehalten. Seelotse ist, wer nach behördlicher Zulassung berufsmäßig auf Seeschiffahrtstraßen außerhalb der Häfen oder über See Schiffe als Orts- und schiffahrtskundiger Berater geleitet ([ÄSÄ 1 SatzÄ 1 SeeLG](#)). Wer den Beruf eines Seelotsen in einem Seelotsrevier ausüben will, bedarf einer Bestallung ([ÄSÄ 7 SeeLG](#); zuvor [ÄSÄ 9 SeeLG](#)). Die für ein Seelotsrevier bestellten Seelotsen

bilden eine Lotsenbrüderschaft in der Rechtsform der Körperschaft des öffentlichen Rechts ([Â§ 27 Abs 1 SeeLG](#); zuvor [Â§ 31 Abs 1 SeeLG](#)). Die ausschließlich für die Berufsgruppe der Seelotsen aufgrund des GVV vorgesehenen Versicherungsleistungen hat der Senat bereits als beitragspflichtige Versorgungsbezüge iS des [Â§ 180 Abs 8 Satz 2 Nr 3 RVO](#) qualifiziert (*BSG Urteil vom 10.6.1988* [12âRK 35/86](#) [SozR 2200 Â§ 180 Nr 43](#)) und daran auch unter Geltung des [Â§ 229 Abs 1 Satz 1 Nr 3 SGB V](#) festgehalten (*BSG Urteil vom 8.10.2019* [B 12 KR 2/19 R](#) [SozR 4â2500 Â§ 229 Nr 28 RdNr 15 mwN](#)).

Â

16

bb) Die Exklusivität und Berufsbezogenheit des den Kapitaleleistungen zugrunde liegenden Versicherungsverhältnisses wird auch durch die Ausgestaltung des GVV deutlich. Das Versicherungsverhältnis kommt im Rahmen einer unechten Gruppenversicherung (zum Ganzen: *Schneider in Prâ/Iss/Martin, Versicherungsvertragsgesetz, 30. Aufl 2018, Vor [Â§ 150 VVG RdNr 31](#); Millauer, Rechtsgrundsätze der Gruppenversicherung, 2. Aufl 1966, S 99*) mit den jeweiligen Seelotsen als Versicherungsnehmer verpflichtend, automatisch und ausnahmslos mit der Aufnahme der Tätigkeit durch Bestallung als Seelotse in einer vom GVV erfassten Lotsenbrüderschaft zustande ([Â§ 1, 6 Satz 1 GVV](#)). Eine Kündigung durch den Versicherungsnehmer ist nicht vorgesehen. Lediglich beim Ausscheiden aus einer Lotsenbrüderschaft tritt die Versicherung außer Kraft, soweit sie nicht auf Wunsch des Versicherungsnehmers fortgesetzt wird ([Â§ 7 Satz 2 und 4 GVV](#)). Nur bei einer Kündigung des GVV durch die beigeladene Bundeslotsenkammer oder das Versicherungsunternehmen besteht die Möglichkeit der Aufhebung und Rückabwicklung ([Â§ 10 GVV](#)). Zudem besteht eine weitreichende Verpflichtung des Versicherungsunternehmens, auf eine Gesundheitsprüfung zu verzichten ([Â§ 5 GVV](#)). Darüber hinaus belegen auch die Regelungen über den Prämieinzug die Berufsbezogenheit der Versicherung. Die Lotsenbrüderschaft zog die Versicherungsprämien [â](#) wie bei einem Quellenabzugsverfahren [â](#) von den Lotsgeldern ab. Die Bundeslotsenkammer überwies die fälligen Prämien in einem Betrag kostenfrei an das Versicherungsunternehmen.

Â

17

Schließlich trägt der GVV einer speziell Seelotsen betreffenden gesetzlichen Verpflichtung Rechnung. Nach [Â§ 28 Abs 1 Nr 6 SeeLG](#) (zuvor [Â§ 32 Abs 1 Nr 6 SeeLG](#)) obliegt es der Lotsenbrüderschaft insbesondere, Maßnahmen zu treffen, die eine ausreichende Versorgung der Seelotsen und ihrer Hinterbliebenen für den Fall des Alters, der Berufsunfähigkeit und des Todes gewährleisten, und die Durchführung dieser Maßnahmen zu überwachen (zur Umsetzung vgl *Heinrich/Steinicke, Seelotswesen, 3. Aufl 2011, Â§ 28 S 56 f*). Dabei ist es

irrelevant, ob die Versicherungsleistungen aufgrund des GVV zur Sicherstellung einer ausreichenden Versorgung der Seelotsen notwendig sind oder $\hat{=}$ wie der Kl \ddot{a} ger meint $\hat{=}$ eine $\frac{1}{4}$ berobligatorische Versorgung darstellen. Entscheidend f \ddot{u} r den Charakter einer Kapitalleistung als Versorgungsbezug nach [\$\hat{A}\$ \$\S\$ \$\hat{A}\$ 229 Abs \$\hat{A}\$ 1 Satz \$\hat{A}\$ 1 Nr \$\hat{A}\$ 3 SGB \$\hat{A}\$ V](#) ist lediglich, dass sie von einer f \ddot{u} r eine bestimmte Berufsgruppe errichteten Versicherungseinrichtung bezogen wird. Entgegen der Auffassung des Kl \ddot{a} gers ist auch dem Senatsurteil vom 10.6.1988 ([12 \$\hat{A}\$ RK 35/86](#) $\hat{=}$ [SozR \$\hat{A}\$ 2200 \$\hat{A}\$ \$\S\$ \$\hat{A}\$ 180 Nr \$\hat{A}\$ 43](#)) nicht die Forderung zu entnehmen, das gebotene Sicherungsniveau m \ddot{a} ssige zwingend (nur) demjenigen eines Kapit \ddot{a} ns auf Gro \ddot{a} er Fahrt entsprechen. In dieser Entscheidung wird lediglich wegen des f \ddot{u} r die Bestallung als Seelotse notwendigen Bef \ddot{a} hrigungszeugnisses als Kapit \ddot{a} n auf Gro \ddot{a} er Fahrt der Schluss gezogen, die $\hat{=}$ Versorgung der Seelotsen der Reviere soll sich deshalb an derjenigen eines Kapit \ddot{a} ns auf Gro \ddot{a} er Fahrt ausrichten $\hat{=}$ und f \ddot{u} r den Beitrag zur Angestelltenversicherung sei $\hat{=}$ der nach [\$\hat{A}\$ \$\S\$ \$\hat{A}\$ 842 RVO](#) f \ddot{u} r einen Kapit \ddot{a} n auf Gro \ddot{a} er Fahrt festgesetzte Durchschnitt des Barentgelts und des Durchschnittssatzes f \ddot{u} r Bek \ddot{a} stigung ma \ddot{a} gebend $\hat{=}$ (*BSG aaO S \hat{A} 177*).

\hat{A}

18

cc) \hat{A} Mit der vorliegenden Entscheidung setzt sich der Senat nicht in Widerspruch zu seinem Urteil vom 10.10.2017 ([B \$\hat{A}\$ 12 \$\hat{A}\$ KR 2/16 \$\hat{A}\$ R](#) $\hat{=}$ [BSGE 124, 195](#) $\hat{=}$ *SozR 4 \hat{A} 2500 \hat{A} \S \hat{A} 229 Nr \hat{A} 22*). Der Kreis der Mitglieder des Versorgungswerks der Presse war $\hat{=}$ anders als hier und von [\$\hat{A}\$ \$\S\$ \$\hat{A}\$ 229 Abs \$\hat{A}\$ 1 Satz \$\hat{A}\$ 1 Nr \$\hat{A}\$ 3 SGB \$\hat{A}\$ V](#) gefordert \hat{A} $\hat{=}$ nach seiner Satzung nicht auf die Angeh \ddot{e} rigen eines Berufs oder mehrerer Berufe beschr \ddot{a} nkt. Vielmehr konnte das Versorgungswerk der Presse f \ddot{u} r alle Personen, deren Aufnahme der Verwaltungsrat zustimmt, also auch Berufsfremde, Versicherungen nach seiner Satzung beschaffen (*BSG aaO RdNr \hat{A} 21*). Dem ist nicht gleichzusetzen, dass aus den Lotsenbr \ddot{u} derschaften austretende Personen nach \hat{A} \S \hat{A} 7 Satz \hat{A} 4 GVV innerhalb von drei Monaten nach ihrem Austritt unter Einreichung des Versicherungsscheins von dem Versicherungsunternehmen die Fortsetzung der durch ihren Austritt erloschenen Versicherung ohne Gesundheitspr \ddot{u} fung nach dem entsprechenden Fortsetzungstarif des Versicherungsunternehmens verlangen k \ddot{o} nnen. Die Fortsetzungsm \ddot{o} glichkeit \ddot{a} ndert nichts daran, dass die Versicherung $\frac{1}{4}$ berhaupt nur bei Mitgliedern einer Lotsenbr \ddot{u} derschaft zustande kommt.

\hat{A}

19

2. \hat{A} Die Beitragspflicht der hier aufgrund des GVV ausgezahlten Kapitalleistungen begegnet keinen verfassungsrechtlichen Bedenken.

\hat{A}

a) Eine gegen das verfassungsrechtliche Gleichbehandlungsgebot des Art 3 Abs 1 GG verstoßende Doppelverbeitragung liegt nicht vor. Der Senat hat bereits entschieden, dass die Beitragspflicht auf einen Versorgungsbezug nach [Â§ 237, 229 Abs 1 Satz 1 Nr 5 SGB V](#) nicht den allgemeinen Gleichheitssatz verletzt, soweit ungerechtfertigte Ungleichbehandlungen bei der Verbeitragung von Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung in der Ansparphase geltend gemacht werden. Der Gesetzgeber hat ein Verbot der Doppelverbeitragung nicht zu beachten. Ein Grundsatz, demzufolge mit aus bereits der Beitragspflicht unterliegenden Einnahmen vom Versicherten selbst finanzierte Versorgungsbezüge der Beitragspflicht überhaupt nicht oder jedenfalls nicht mit dem vollen Beitragssatz unterworfen werden dürfen, existiert im Beitragsrecht der GKV nicht (vgl BSG Urteil vom 12.11.2008 [B 12 KR 10/08 R](#) [SozR 4-2500 Â§ 229 Nr 6 RdNr 40 mwN](#)) und ist verfassungsrechtlich auch nicht geboten (BVerfG Nichtannahmebeschluss vom 6.9.2010 [1 BvR 739/08](#) [SozR 4-2500 Â§ 229 Nr 10 RdNr 10 f](#)).

Â

21

b) Die Herausnahme von Leistungen der so genannten Riesterrente aus der Beitragspflicht als Versorgungsbezug nach [Â§ 229 Abs 1 Satz 1 Nr 5 Halbsatz 2 SGB V](#) in der zum 1.1.2018 eingeführten Fassung des Betriebsrentenstärkungsgesetzes vom 17.8.2017 (BGBl I 3214) führt zu keiner anderen Beurteilung. Diese Privilegierung ist wegen des vom Gesetzgeber verfolgten Ziels, Altersarmut zu bekämpfen, sachlich gerechtfertigt und hält sich in den Grenzen einer verfassungsrechtlich zulässigen Typisierung (vgl BSG Urteil vom 26.2.2019 [B 12 KR 13/18 R](#) [SozR 4-2500 Â§ 229 Nr 25 RdNr 18 ff](#); zuletzt BSG Urteil vom 8.7.2020 [B 12 KR 1/19 R](#) [juris RdNr 29](#)).

Â

22

c) Aus der Rechtsprechung des BVerfG folgt kein anderes Ergebnis. Die Heranziehung von Versorgungsbezügen bei der Beitragsbemessung in der GKV begegnet im Grundsatz keinen verfassungsrechtlichen Bedenken (vgl BSG Urteil vom 10.10.2017 [B 12 KR 2/16 R](#) [BSGE 124, 195](#) = [SozR 4-2500 Â§ 229 Nr 22, RdNr 14 mit Hinweisen auf die Rspr des BVerfG und des BSG](#); zuletzt BVerfG Nichtannahmebeschluss vom 17.6.2020 [1 BvR 1134/15](#) [juris](#)). Das BVerfG hat nur in Sonderfällen bestimmte Leistungsanteile von der Beitragspflicht als Versorgungsbezug ausgenommen. Voraussetzung dafür ist einerseits die Auflösung des beruflichen Bezugs und andererseits der Wechsel in der Versicherungsnehmereigenschaft. Nach dem Kammerbeschluss des BVerfG vom 28.9.2010 zu Direktversicherungen ist von [Â§ 229 Abs 1 Satz 1 Nr 5 SGB V](#)

dürfen Kapitalleistungen insoweit nicht als Versorgungsbezüge der Beitragspflicht unterworfen werden, als sie auf Prämien beruhen, die ein Arbeitnehmer nach dem Ende seines Arbeitsverhältnisses auf einen Kapitallebensversicherungsvertrag unter Einräcken in die Stellung des Versicherungsnehmers eingezahlt hat ([1 BvR 1660/08](#) â SozR 4â 2500 Â§ 229 Nr 11 RdNr 15 ff). Rentenleistungen einer Pensionskasse sind nach einem Kammerbeschluss des BVerfG vom 27.6.2018 ([1 BvR 100/15](#) ua â NJW 2018, 3169) dann von der Beitragspflicht ausgenommen, wenn sie auf einem nach Ende des Arbeitsverhältnisses geänderten oder ab diesem Zeitpunkt neu abgeschlossenen Lebensversicherungsvertrag zwischen der Pensionskasse und dem Versicherten beruhen, an dem der frühere Arbeitgeber nicht mehr beteiligt ist und in den nur der Versicherte Beiträge eingezahlt hat. Bei freiberuflich selbstständig Tätigen, die in einer gemeinsamem Versicherungseinrichtung versichert sind, fordert das BVerfG zumindest eine Lösung des beruflichen Bezugs (vgl BVerfG Nichtannahmebeschluss vom 17.6.2020 â 1 BvR 1134/15 â juris RdNr 15).

Â

23

Eine Übertragung dieser verfassungsrechtlichen Überlegungen auf die hier streitigen Kapitalleistungen lässt deren Beitragspflicht nicht entfallen. Zwar war der Kläger von Anfang an Versicherungsnehmer der den Kapitalleistungen zugrunde liegenden Versicherung. Die Versicherungsnehmereigenschaft ist aber nach der Rechtsprechung des BVerfG nur eine Voraussetzung für den Ausschluss der Beitragspflicht. Die weitere Voraussetzung, die Lösung des beruflichen Bezugs des Versicherungsverhältnisses, ist beim Kläger nicht gegeben. Er war in der gesamten Anspannphase als Lotse tätig und gehörte durchgängig der vom GVV allein erfassten Berufsgruppe an. Zu keinem Zeitpunkt hat seine Versicherung einen mit einem frei zugänglichen Altersvorsorgeprodukt vergleichbaren Charakter erworben. Vielmehr war sie durchgehend einem bestimmten Personenkreis exklusiv vorbehalten.

Â

24

3. Anhaltspunkte dafür, dass die Beklagte die Höhe der berechneten Beiträge unzutreffend festgesetzt hätte, sind nicht ersichtlich. Aufgrund der einmaligen Auszahlung der drei Kapitalleistungen gilt nach [§ 229 Abs 1 Satz 3 SGB V](#) 1/120 als monatlicher Zahlbetrag, längstens für 120 Monate. Die konkrete Beitragsberechnung wird vom Kläger auch nicht beanstandet, die Beitragsbemessungsgrenze hat die Beklagte beachtet.

Â

25

4.Â Die Kostenentscheidung beruht auf [Â§ 193 Abs 1 Satz 1 SGG](#).
Â

Erstellt am: 28.01.2022

Zuletzt verändert am: 21.12.2024